

AUS DEM BUNDESTAG

BETTINA M. WIESMANN MdB

CDU · CSU



20. September 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die erste Plenarwoche nach der parlamentarischen Sommerpause war zuvorderst der ersten Lesung des Bundeshaushalts 2025 gewidmet. Doch neben dem Haushalt war die Woche auch von einer kontroversen Asyldebatte geprägt. Ein Tagesordnungspunkt, der eher das Gemeinsame in den Mittelpunkt rücken ließ, war die Feierstunde anlässlich des 75-jährigen Bestehens des Deutschen Bundestags.

75 Jahre Deutscher Bundestag - ein Grund zum Feiern!

In einer besonderen Sitzung wurde am Dienstag (10.9.) das 75-jährige Jubiläum der ersten Sitzung des Deutschen Bundestages gewürdigt. Vor vollem Haus begrüßte Präsidentin Bärbel Bas die Abgeordneten, die Bundesregierung, Vertreter des Bundesrats sowie Bundespräsident Steinmeier, Bundesverfassungsgerichtspräsident Harbarth und mehrere ihrer Amtsvorgänger. Ganz im Zeichen der Geschichte folgten Ausschnitte aus der Eröffnung der ersten Sitzung des Hauses 1949 durch den damaligen Alterspräsidenten Paul Löbe.

Frau Bas, der mittlerweile 91-jährige ehemalige Bundesminister Gerhart Baum (FDP) und die Historikerin Prof. Dr. Christina Morina erinnerten an die Bedeutung einer wehrhaften Demokratie. Die Festredner Baum und Morina waren sich einig: Die repräsentative parlamentarische Demokratie und, mit ihr verbunden, unsere Parteien müssen gestärkt werden. Sie sind notwendig für die liberale Ordnung. Gerhart Baum betonte: „Wir gingen (nach dem Krieg) in Parteien - eine Option, die auch heute besteht. Man kann Parteien auch verändern. Es hat mich bereichert.“

Prof. Morina erinnerte an den grotesk statischen Charakter der Volkskammer in der ausgehenden DDR und im Vergleich dazu die zutiefst bewegende Bundestagsdebatte von 1997 zur Verantwortung der Wehrmacht und ihrer Angehörigen für die Gräueltaten im 2. Weltkrieg. Ihr Fazit: Ein Parlament allein macht noch keine Demokratie. Lebendige Parteien tragen zu einer stabilen parlamentarischen Demokratie bei, die in der Lage ist, immer wieder auch die moralischen Grundlagen unserer Gesellschaft zu verhandeln.

Für eine echte Wende in der Asyl- und Migrationspolitik

Bereits am 27. August hatte Friedrich Merz dem Bundeskanzler in einem persönlichen Gespräch die Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angeboten, um eine echte Wende in der Asyl- und Migrationspolitik zu erreichen. Bei den anschließenden Treffen zwischen Vertretern der Bundesregierung und der Union haben unsere Vertreter der Bundesregierung unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass Zurückweisungen an den

deutschen EU-Binnengrenzen nötig sind, um das Grundprinzip des „Dublin-Systems“ wiederherzustellen: Der Ersteinreisestaat ist für die Prüfung des Asylgesuchs zuständig.

Fatalerweise hat die Bundesregierung beschlossen, weiter nicht auf Zurückweisungen an der Grenze zu setzen, sondern auf beschleunigte Dublin-Verfahren im existierenden System der Asyl- und Migrationspolitik. So soll die Bundespolizei fortan bei Einreise nach Deutschland „prüfen“, ob ein anderer Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist; anschließend soll ein „beschleunigtes Verfahren“ der Rücküberstellung in den Ersteinreisestaat erfolgen. Eine echte Wende in der Asyl- und Migrationspolitik sieht anders aus. In der Plenardebatte am Donnerstag der Plenarwoche (12.9.) haben wir deutlich gemacht, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für derartige Scheinlösungen nicht zur Verfügung steht.

Haushalt 2025: Debatte zum Familienetat

In der Haushaltsdebatte zum Familienetat am Donnerstag (12.9.) habe ich auf die bestürzende Ziel- und Planlosigkeit der Ampel auch auf diesem Politikfeld hingewiesen. Entgegen den eigenen Ankündigungen streicht sie wichtige Positionen zusammen – etwa den Fonds Frühe Hilfen, über die junge Familien mit Herausforderungen beraten und unterstützt werden. Die Hilfen für ungewollt kinderlose Paare werden fast halbiert, so dass kaum noch Mittel zur Verfügung stehen, um einen Kinderwunsch realisieren zu helfen. Freiwilligendienste und Bundesfreiwilligendienst werden wieder abgespeckt, dabei wäre es notwendig, endlich mehr Freiwillige und Einrichtungen zusammenzubringen. Der Personalnotstand könnte damit gelindert, individuelle Perspektiven auf Ausbildung eröffnet werden. Aber die Ampel bewegt sich nicht vom Fleck.

Dagegen soll es weiterhin 200 Mio. Euro für Hunderte Projekte zur Demokratieförderung und Extremismusprävention geben. Das Anliegen teile ich ausdrücklich, aber es ist ein undurchsichtiger Projektdschungel entstanden. Ich frage mich angesichts von Wahlerfolgen der Extremisten und zunehmender Gewalt auf der Straße, ob diese Projekte überhaupt ihr Ziel erreichen. Diese und die vielen anderen Projekte des Ministeriums sollten grundlegend evaluiert werden.

Skandalös ist das Handeln der Bundesregierung beim Ganztagsausbau. Nachdem die Umsetzungsvereinbarung mit den Ländern für das noch unter der unionsgeführten Bundesregierung 2021 verabschiedete Gesetz erst 2023 zustande kam, wurden einzelne Kommunen mit Rückforderungen konfrontiert, weil sie für Umbaumaßnahmen zu lange gebraucht hätten. Ein massiver Vertrauensbruch, zumal die Bundesregierung noch vor wenigen Tagen beschwichtigte, es gebe keine Probleme mit dem Zeitplan! Wer sich im Vertrauen darauf als Kommune zügig um den Ganztags gekümmert hat, wird nun bestraft. Ein Unding, das Kommunen frustriert und Familien im Regen stehen lässt.

Einziges Lichtblick: Das Bürokratiemonster der Kindergrundsicherung erhält kein Geld mehr. Sollte die Regierung verstanden haben, dass dies ein Irrweg war? Zu wünschen wäre es!

Zur Zukunft der Kinderbetreuung in Frankfurt und Rhein-Main

Der Ausbau der Ganztagsbetreuung an Schulen war auch Gegenstand eines Expertengesprächs, zu dem ich gemeinsam mit Ulrich Krebs, dem Vorsitzenden des CDU-Bezirks Frankfurt/Rhein-Main und Landrat des Hochtaunuskreises, in das Clubhaus des

Frankfurter SC1880 eingeladen hatte. Wir sprachen mit Dr. Tilman Frank (Geschäftsführer der Personalvermittlungsagentur TalentOrange) und Gaby Hagmans (Direktorin der Caritas Frankfurt und Stellv. Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses der Stadt), moderiert durch Christina Ringer, die als Stadtverordnete und langjährige Kinderbeauftragte mit viel fachlicher Kompetenz durch die Diskussion führte.

In der Bestandsaufnahme waren wir uns einig: Der Mangel an Betreuungsplätzen und insbesondere an Fachkräften macht Eltern, Einrichtungen, Trägern und Kommunen zu schaffen. Mit der ab 2026 gültigen Betreuungsgarantie für Kinder im Grundschulalter wird sich die Situation noch verschärfen, wenn es der Politik in Kommunen, Land und Bund nicht gelingt, zeitnah die benötigten Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die wenige Tage zuvor im Bundestag von mir kritisierte Förderpraxis des Bundes wurde auch in der Expertenrunde bemängelt.

Dr. Tilman Frank, der von den Erfolgen seiner Agentur bei der Gewinnung von Betreuungskräften im Ausland berichtete, hob hervor, dass die Personalgewinnung durch ineffiziente Verfahren und zersplitterte Behördenstrukturen erschwert werde. Zustimmung kam von Ulrich Krebs. Er plädierte u.a. dafür, die Zuständigkeit für die Anerkennung von Berufsabschlüssen auf die Landkreise zu verlagern. Auch eine Zusammenführung der Ausländerbehörden in der Region würde helfen. Gaby Hagmans wiederum rückte die aus Sicht von Kitaträgern unvorteilhaften Vertrags- und Förderstrukturen in den Mittelpunkt. Diese seien zu starr im Hinblick auf die Betreuungsbedürfnisse der Eltern; Fixkosten der Träger würden nicht ausreichend berücksichtigt. Personalausfälle gefährdeten so schnell den Betrieb ganzer Kitas. Ich selbst halte es für wichtig, über Fachkräfteanforderungen und eine Aufspreizung der Tätigkeiten in den Einrichtungen zu sprechen. In die Betreuung an Grundschulen sollten Vereine, Musikschulen und Initiativen möglichst systematisch einbezogen werden. Und schließlich müssen wir anerkennen, dass viele Eltern und Kinder sich mehr Zeit füreinander wünschen, und dafür in der Angebotsgestaltung und in den Arbeitszeitregelungen noch bessere Möglichkeiten schaffen.

Ich freue mich auf die anstehenden Debatten zu unseren Vorschlägen als Union für eine familienorientierte Politik, die eine hohe Verlässlichkeit und gute Qualität der Betreuung und Bildung von Kindern und Jugendlichen für die Zukunft sicherstellt.

Ihre

Bettina M. Wiesmann MdB